

## spotlight europe

# 2011/05 – Dezember 2011

# Europa und die Arabellion 2012

Christian-Peter Hanelt

Bertelsmann Stiftung, christian.hanelt@bertelsmann-stiftung.de

Elisabeth Dietl

Politikwissenschaftlerin, elisabethdietl@aol.com

Ein Jahr nach dem Start der tunesischen Rebellion ist Europas südliche Nachbarregion in Aufruhr und Umbruch. Die Revolte der Säkularen bringt paradoxerweise erstmals islamistische Parteien an die Macht. Der Übergang von Diktatur zu Demokratie verläuft nicht gradlinig und ist von Land zu Land unterschiedlich. Europa hat gute Unterstützungsprogramme, braucht aber mehr Mut und Koordination.

spotlight europe # 2011/05

### „Arabisches Erwachen“

Als sich der junge tunesische Gemüsehändler Mohamed Bouazizi vor einem Jahr am 17.12.2010 selbst verbrannte, ahnte er sicher nicht, dass er mit seinem Selbstmord den Startpunkt für Revolten und Revolutionen in der arabischen Welt setzte.

Die arabische Welt ist eine Region mit 300 Millionen Menschen, von denen 50 Prozent der Bevölkerung unter 20 Jahren alt ist. Eine zumeist säkular und gebildete Jugend überwindet ihre Angst vor Repression und treibt den Aufstand an. Sie fordert Bildung, Arbeit und Wohlstand ein; sie verlangt politische Rechte; sie wünscht Teilhabe, Gerechtigkeit und Würde; und

sie lehnt das herrschende System aus Diktatur, Nepotismus und Korruption ab.

Der Aufstand stürzte bislang die alten Machthaber Ben Ali in Tunesien, Mubarak in Ägypten, Gadhafi in Libyen und Salih im Jemen – nun wankt das Assad-Regime in Syrien.

In Tunesien, Ägypten, Libyen und dem Jemen richteten sich die alten Herrscher auf eine Erb-Diktatur ein, sie wollten nun ihre Macht an ihre Söhne weitergeben. Das schien unproblematisch, weil ein zum Teil stattliches Wirtschaftswachstum und die Macht der Geheimdienste andauernde Stabilität verhiessen. Doch die Herrschenden übersahen, dass große Teile der Bevölkerung insbesondere die Jugend die ungleiche Verteilung der Reichtümer und die politische Bevormundung nicht mehr ak-

zeptieren würden. Sie startet sogar einen Aufstand - „wacht“ bildlich gesprochen „auf“ und nimmt ihr Schicksal in die eigenen Hände - deshalb nennen die meisten Araber ihren Aufstand „Arabisches Erwachen“ - wir bezeichnen ihn zumeist als „Arabellion“.

Diese Arabellion zeigt ein anderes Gesicht Arabiens. Statt der Söhne der Diktatoren folgen die Protestler anderen Vorbildern, zumeist Menschen aus ihren eigenen Reihen, Bürgern, die für demokratische Werte und gerechte Reformen eintreten.

## II

## Die neuen Araber

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang beispielsweise das tunesische Demokratiesierungs-Duo Moncef Marzouki und Hamadi Jbeli; beide waren unter Ben Ali im Gefängnis. Freie Wahlen brachten sie in Regierungsverantwortung, den säkularen Marzouki als Präsidenten und den islamistischen Jbeli als Ministerpräsidenten. Aber auch der libysche Wirtschaftsprofessor Ali Al-Tarhouni, der nach 38 Jahren im amerikanischen Exil nach Libyen zurückkam, um sein Land als Finanzminister des Übergangsrats aufzubauen. Oder der vermögende ägyptische Unternehmer Naguib Sawiris, der eine neue überkonfessionelle Partei namens „die freien Ägypter“ gegründet hat. Oder der Träger des Friedenspreises 2011 des deutschen Buchhandels, der Algerier Boualem Sansal, dessen Bücher in Algerien verboten sind.

Diese neuen Gesichter Arabiens sind auch weiblich. Zu ihnen gehört beispielsweise die saudische Informationstechnikerin Manal al Sharif, die inhaftiert wurde, weil sie Auto fuhr und sich dabei filmen ließ. Eine Vorbildfunktion kommt auch der Akademikerin Bassma Kodmani zu, die sich nun als Sprecherin des syrischen Nationalrates für einen Wandel in ihrer Heimat einsetzt. Ebenso der jungen Jemenitin Tawakkul Karman, der ersten arabischen Frau, die den Friedensnobelpreis 2011 erhalten hat. Dieser wurde der Mitbegründerin der Organisation „Journalistinnen ohne

Ketten“ aufgrund ihres Engagements für die Menschenrechte im Jemen im Oktober 2011 verliehen. Symbolisch widmete ihr Karman der gesamten arabischen Revolution. Das Europaparlament ehrt mit seinem Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2011 5 arabische Menschenrechtsaktivisten. Diese neuen Vorbilder spiegeln auch ein neues politisches Bewusstsein wider.

## III

## Wieviel Religion verträgt die Politik?

Die jugendlichen Protestler genießen, wie sie sagen, besonders die neue Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Im Netz macht sich über Twitter, Blogs und Facebook ein panarabisches „Demokratie-Feeling“ breit. Die Zivilgesellschaft erfährt eine Renaissance durch Neugründungen von NGOs und sozialen Einrichtungen. Ein neues politisches Bewusstsein zeigt sich auch in der Abhaltung von erstmalig freien und fairen Wahlen sowie in der Neugründung zahlreicher Parteien. Die Parteienlandschaft reicht von links bis liberal im säkularen Spektrum und von gemäßigt bis fundamentalistisch im islamistischen Spektrum. Die Säkularen treten zu Wahlen mit vielen Parteien und Kandidaten zersplittert an. Die Islamisten hingegen konzentrieren sich auf zwei Parteien: Die Gemäßigten, die demokratische Regeln akzeptieren, sagen, sie nehmen sich die türkische Regierungspartei AKP zum Vorbild, und wollen (mit)regieren. Die Fundamentalisten, wie die Salafisten, lehnen Demokratie und Pluralismus ab.

Die alten Machtapparate haben säkulare wie islamistische Kräfte unterdrückt und verfolgt, allerdings hatten Islamisten in Moscheen Rückzugsräume und sie füllten soziale Aufgaben in den Armenvierteln aus, die die Regime ignorierten. So können sie heute auf Netzwerke von Sympathisanten zurückgreifen. Islamistische Parteien profitieren zudem von ausländischen Sponsoren. Außerdem ist in Zeiten großer politischer Umbrüche die Sorge vor Unsicherheit und Armut dominant und der

Wunsch nach islamischer Identität in vielen Teilen der Bevölkerung groß.

Für diese Menschen sind islamistische Parteien auch ein glaubhafter Bruch mit den alten Eliten, denn die alten Machthaber waren meistens säkular eingestellt, prowestlich orientiert und wirtschafteten nach kapitalistischen Regeln. Diese Gründe erklären, warum in den nun ersten freien Wahlen islamistische Parteien Mehrheiten gewinnen.

Die neue Parteienlandschaft wird darum ringen, wieviel Religion die Verfassungen bestimmen und die Politik tragen kann. Hoffentlich geschieht dies in einer sich friedlich entwickelnden politischen Kultur. Parallel drängen zwei zentrale Herausforderungen: Noch fehlt eine Polizei, die nach rechtsstaatlichen Regeln für Sicherheit sorgt und eine umsichtige sozial Wirtschaftspolitik, die die Menschen in Arbeit und Brot hält und bringt. Die Wähler werden auch die Leistung islamistisch geführter Regierungen daran messen, ob die Polizei präsent ist, ehrlich arbeitet und ob die Wirtschaft in Schwung kommt und Arbeitsplätze schafft. Die soziale Frage drängt: In Arabien müssen bis 2025 50 Millionen neue Jobs entstehen.

## IV

### Zwischen Chancen auf Demokratisierung und Bürgerkrieg

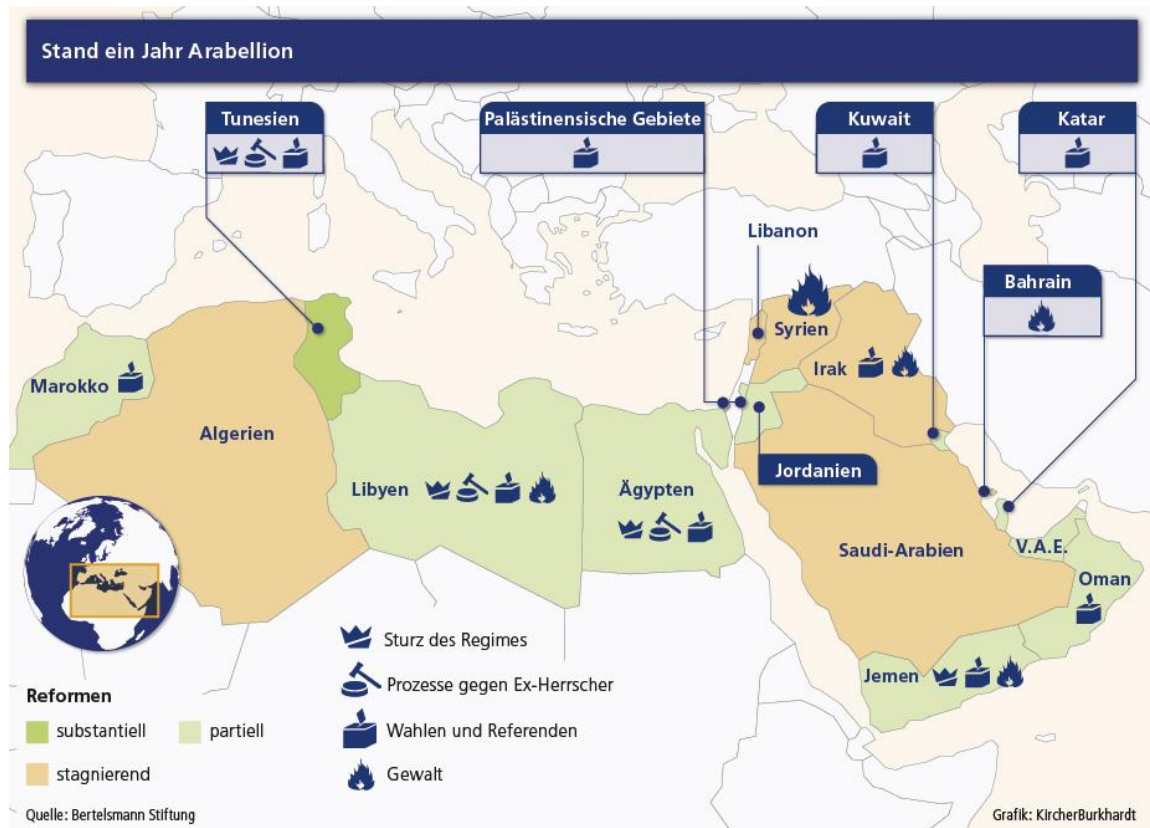
Obwohl Proteste fast die gesamte arabische Welt erfasst haben, sind Verlauf, bisherige Ergebnisse und Prognosen von Land zu Land höchst unterschiedlich. Es lassen sich dennoch gemeinsame Trends ausmachen, nach denen sich die arabischen Staaten grob in vier „Arabellion“-Kategorien einordnen lassen: Regimesturz durch Rebellion, Regimesturz durch Kampf, Transformation durch Reform und stagnierende Länder.

**Tunesien** mausert sich zum Musterschüler politischer Transformation. Aus den Wah-

len zur Verfassungsgebenden Versammlung ging Ende Oktober 2011 die gemäßigt islamistische Annahda Partei als eindeutige Siegerin hervor, gefolgt von zwei säkularen Parteien. Die beiden ideologischen Lager schließen ein Bündnis, ein Säkularer wird Präsident und ein Islamist Ministerpräsident. Sie wollen die Demokratisierung und die Lösung der sozialen Frage gemeinsam angehen. Respekt vor dem politisch Andersdenkenden bestimmt den Auftakt der politischen Kultur in Tunesien. Eine gute Grundlage, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Der bis Mitte März 2012 andauernde dreimonatige Wahlprozess in **Ägypten** ist kompliziert und steht im Schatten tiefgreifender Konfliktlinien. Die Generalität, die Freiheitskämpfer vom Tahrirplatz, die Muslimbrüder, die radikalen Salafisten und die alten Kräfte des Mubarak-Regimes ringen um die beste Ausgangsposition. Die Militärs wollen ihre Pfründe vor demokratischer Kontrolle schützen; die Muslimbrüder müssen sich mit den antidemokratischen fundamentalistischen Salafisten auseinandersetzen. Nach dem ersten Wahlgang führen die Muslimbrüder mit 36% gefolgt von den Salafisten mit 23%. Salafisten und alte Regime-Netzwerke schüren Hass gegen Minderheiten, insbesondere Kopten, Künstler, Journalisten und engagierte Frauen. Die Rebellierenden vom Tahrirplatz suchen immer wieder den friedlichen Protest, um insbesondere die Militärs zu einer Machtabtretung an Zivilisten zu drängen. Da Ägypten aufgrund seiner Größe und Bedeutung im Blickpunkt arabischen Interesses steht, mischen ausländische Interessen mit.

**Algerien** stagniert im Verlangen nach Stabilität, denn die Angst, dass eine Rebellion in einen Bürgerkrieg -wie in den 90iger Jahren- führt, ist zu präsent. Unterhalb dieser Angschwelle brodelt es, denn Algerien leidet unter hoher Jugendarbeitslosigkeit und drückender Korruption. So ist es eine Frage der Zeit, wann sich das Verlangen der Jugend nach Zukunftsperspektiven in einer Arabellion Bahnen bricht. Es sei denn, die herrschende Elite setzt zügig tiefgreifende sozioökonomische und politische Reformen um. Die Ressourcen dazu



hätte Algerien aufgrund seines Gasreichtums.

Der rohstoffreiche **Irak** stagniert auch auf einem hohen Niveau der Korruption. Dazu erschüttert nicht enden wollende Gewalt einige Landesteile. Dabei verfügt der Irak zumindest institutionell über demokratische Strukturen. Trotz ethnischer und religiöser Spannungen hat das Land Potential für eine demokratische Entwicklung. Dazu müssten die politischen Akteure und Parteien mehr Verantwortung zum Wohl des ganzen Landes übernehmen. Und die Zeit drängt, denn die letzten amerikanischen Soldaten verlassen den Irak.

Die Monarchen von Marokko, Jordanien und Saudi-Arabien, der Sultan von Oman, die Emire von Qatar und Kuwait und der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) haben aufgrund ihres zum Teil hohen Legitimationsgrades großes Potential, noch schneller und umfassender politische Reformen und Teilhabe zuzulassen.

**Marokko:** Der marokkanische König ist gemäß der neuen Verfassung zwar nicht mehr „heilig“, und er muss den Regierungschef aus der stärksten Parlamentsfraktion auswählen, was nach den Wahlen

von Ende November 2011 Abdelilah Benkirane, der Generalsekretär der islamistischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung sein wird, doch das Establishment hat eine Integration der Jugendprotestbewegung und diverser säkularer Parteien nicht befördert. Außerdem hat sich an der Dominanz des Palastes in der Wirtschaft nichts geändert.

**Jordanien:** Zaghafter ist der jordanische König. Er antwortet mit diversen Kabinettsumbildungen und Reformankündigungen auf die Proteste und Demonstrationen. Die Schere zwischen Arm und Reich weitet sich, der Gegensatz zwischen Jordaniern beduinischer und palästinensischer Herkunft spitzt sich zu. Doch der König hat die respektierte Autorität, ein gerechtes Wahlrecht, soziale Gerechtigkeit und einen Kampf gegen die Korruption durchzusetzen.

Die Monarchien und Emirate am Golf haben eine enorme und vorbildliche Modernisierung in Wirtschaft und Bildung erreicht und ihrer Bevölkerung Wohlstand gebracht. Diese Entwicklungsdynamik muss für die junge Bevölkerung in den kommenden 15 Jahren 2,5 Millionen Arbeitsplätze schaffen. Dazu müssen alle

Teile der Bevölkerung mobilisiert werden. Das bedeutet, dass die Herrschenden allen Teilen der Bevölkerung, auch den schiitischen Minderheiten, Teilhabe einräumen müssen. Wohlstand schließt Forderungen nach politischer Teilhabe nicht aus, wie zaghafte Jugendproteste oder Petitionen von Intellektuellen zeigen. Die Staaten des Golfkooperationsrates (GCC) haben die Ressourcen und die Legitimation, die politische Öffnung schneller zu gestalten. In **Qatar** soll nach einer Stadtparlamentswahl in der Hauptstadt Doha nun landesweit 2013 gewählt werden. Der Sultan von **Oman** räumt einem Zweikammer-Parlament legislative Kompetenzen ein. Erste Schritte, beratende Gremien wählen zu lassen und mit mehr Rechten auszustatten, machen auch die **Vereinigten Arabische Emirate** und **Saudi-Arabien**. Der **kuwaitische** Emir könnte das Parlament stärken, indem er Parteien zuließe und einen Ministerpräsidenten aus den Reihen der Mehrheitsfraktion akzeptierte. So würde er positiv auf die Proteste reagieren können.

Unglücklicherweise verhindert die Sorge der sunnitischen Herrscher am Golf vor dem Hegemonialstreben des schiitischen Iran, dass **Bahrain** nach der Niederschlagung der Protestbewegung mit saudischer Hilfe zur Ruhe kommt. Das kleine Königreich findet keinen Konsens zwischen arm und reich sowie zwischen sunnitischer Herrschaftsschicht und schiitischer Bevölkerungsmehrheit.

Gewalt beherrscht(e) auch die Umbrüche in Libyen, im Jemen und in Syrien. **Libyen**: Nach 42 Jahren Gaddafi Diktatur und dem blutigen Sturz des Regimes nach monatelangen Kämpfen amtiert nun eine Übergangs-Regierung unter Ministerpräsident Abdulraheem Al-Kaib. Er hat Minister aus allen Regionen und Interessengruppen ausgewählt. Diese Regierung muss zunächst Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung vorbereiten. Vor allem jedoch muss sie das staatliche Gewaltmonopol sichern, denn viele Milizen wollen ihre Waffen nicht abgeben. Politische Teilhabe aller, ein kluger Föderalismus und eine gerechte Verteilung der Reichtümer kön-

nen eine friedliche Transformation ermöglichen.

**Jemen**: Nach dem Rücktritt des Präsidenten Abdullah Salih zieht sein Machtapparat, getragen von seiner Familie, die Strippen. Auch deshalb kommt das Land nicht zur Ruhe. Dass Salih sich elf Monate gegen seinen Rücktritt wehrte, hat Stammeskonflikte geschürt, Kämpfe provoziert und die monatelangen friedlichen Massenproteste überlagert. Eine neue politische Ordnung aus diesen Gegensätzen mit Wahlen und Verfassung zu schmieden und dabei das Land zusammenzuhalten, ist die schwierige Aufgabe des neuen Übergangspräsidenten Abdulrabbo Hadi. Ein Abdriften des Landes in eine Kampfzone zwischen Stammesmilizen hätte verheerende Auswirkungen auf die gesamte Stabilität der Region.

In **Syrien** hat nach Angaben der Vereinten Nationen die Gewalt des Assad Regimes bislang 5000 Menschen das Leben gekostet. Zigtausende sitzen in Folterkellern. Assad ist für sein Volk und die internationale Staatengemeinschaft untragbar geworden. Mit türkischer Unterstützung hat die zersplitterte Opposition mit dem Syrischen Nationalrat eine gemeinsame Basis gefunden. Ob Syrien nach Assad Chancen auf einen kompletten politischen Neuanfang mit demokratischen Reformen haben wird, wird auch von der Dauer und dem weiteren Verlauf der Rebellion abhängen.

Eine wichtige Rolle bei der Neuordnung Syriens spielt zur Zeit die **Arabische Liga**: Sie verhängt Wirtschaftssanktionen und übt politischen Druck auf das Assad-Regime aus. Der Ligarat hat Syrien sogar aus seinem Gremium ausgeschlossen - per Mehrheitsentscheid gegen die Stimmen Libanons, Algeriens und Jemens. Bei dieser Syrienstrategie geht es der Mehrheit der Ligamitglieder nicht nur um ein Ende der Gewalt in Syrien sondern auch darum, den Einfluss Irans in Syrien zurück zu drängen. In diesem Sinne ist Saudi-Arabien die treibende Kraft. Das kleine Emirat Qatar spielt in der Arabischen Liga als Vermittler und Beförderer der Arabellion eine immer größere Rolle. Nicht zu unterschätzen ist das Format des neuen

Generalsekretärs der Arabischen Liga, Nabil al-Arabi. Er möchte, dass die Liga als regionale Organisation stärker die Menschenrechte und Gutes Regieren befördert.

V

## Die EU als Transformationspartner

Aus europäischer Sicht ist es begrüßenswert, wenn die Arabische Welt sich selbst hilft, denn Europa muss viel Energie auf

die Bewältigung der Schuldenkrise verwenden. Dennoch hat die EU ein starkes Eigeninteresse am Gelingen friedlicher und umfassender Transformationsprozesse in seiner unmittelbaren südlichen Nachbarschaft. Konflikte, Kriege oder ein wirtschaftlicher Kollaps haben direkte Auswirkungen auf Europa.

Die EU-Institutionen haben im September im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik vier neue Transformations-Unterstützungs-Programme beschlossen. Das sind: Support for Partnership, Reform and Inclusive Growth (SPRING), Maßnah-

### Nordafrika, Nahost und Golfregion: Wichtige Ereignisse 2012

Ende Dezember 2011  
Abzug der US-Truppen aus dem **Irak**

4. Mai 2012  
Wahlen (Präsident und Parlament) in den Palästinensischen Gebieten

Ab 1. Januar 2012  
**Dänemark** übernimmt in Koordination mit **Polen** und **Zypern** die EU-Ratspräsidentschaft

Mai 2012  
EU-GCC Ministerial meeting

Ausstehend für das 1. Halbjahr 2012  
Fortsetzung Prozess gegen Ägyptens Ex-Präsident Mubarak

Juni 2012  
Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung in **Libyen**

Ausstehend für das 1. Halbjahr 2012  
Prozess gegen Saif al Islam al Gaddafi in **Libyen**

Juni 2012  
Vor Ende Juni ägyptische Präsidentschaftswahlen

Ausstehend für das 1. Halbjahr 2012  
Nach Parlamentswahlen Regierungsbildung in **Marokko**

Ausstehend für das 2. Halbjahr 2012  
Referendum über die neue Verfassung in **Ägypten**

Ausstehend für das 1. Halbjahr 2012  
UN-Beschluss zu **Palästina**

Ausstehend für das 2. Halbjahr 2012  
Ende des Abzugs von 33.000 US Soldaten aus **Afghanistan**

Ausstehend für das 1. Halbjahr 2012  
Quartett Anstrengungen zur Wiederbelebung israelisch-palästinensischer Gespräche

Ausstehend für das 2. Halbjahr 2012  
Regierungsbildung in **Ägypten**

Ausstehend für das 1. Halbjahr 2012  
Bildung einer Technokraten-Regierung Fatah-Hamas

1. Juli 2012  
**Zypern** übernimmt in Koordination mit **Dänemark** und **Irland** die EU-Ratspräsidentschaft

Ausstehend für das 1. Halbjahr 2012  
**Syrien**: Aktivitäten von Arabische Liga und UN-Sicherheitsrat

14. Juli 2012  
4. Jahrestag der Gründung der Mittelmeerunion

Ausstehend für das 1. Halbjahr 2012  
**Iran**: Aktivitäten von IAEA und UN-Sicherheitsrat

August 2012  
Parlamentswahlen in **Algerien**

Ausstehend für das 1. Halbjahr 2012  
Grenzkonflikt zwischen **Sudan** und **Südsudan**

August 2012  
Voraussichtlich Präsidentschaftswahlen in der **Türkei**

Januar – März 2012  
Fortsetzung und Abschluss der Parlaments-Wahlen zum Unterhaus und Oberhaus in **Ägypten**

September 2012  
UN-Generalversammlung in New York

21. Februar 2012  
Präsidentschaftswahlen im **Jemen**

Bis Oktober 2012  
Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in **Tunesien**

Februar 2012  
Parlamentswahlen in **Kuwait**

November 2012  
Kommunalwahl in **Algerien**

29. März 2012  
Parlamentswahlen im **Iran**

November 2012  
Präsidentschaftswahlen in den **USA**

men zur Förderung der ärmeren Gebiete Tunesiens, Civil Society Boost Programme und ein erweitertes Erasmus Mundus Programme. Damit will die EU stärker Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit fördern, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt rücken, die Hilfgelder aufstocken und nach dem „more for more“ Prinzip verstärkt mit Konditionalität versehen.

Europa will auch die so sensiblen Themen wie „Mobilität“ und „Handelserleichterungen“ im Interesse der Transformationsländer öffnen. Diese richtungsweisenden gesamteuropäischen Initiativen, nochmals im Ratsbeschluss vom 1. Dezember 2011 fixiert, brauchen aber die effektive Koordination mit den nationalen Hilfsprogrammen und die umfassende Unterstützung durch die nationalen Politiken der Mitgliedstaaten. Sie dürfen nicht, wie vor der Arabellion zu oft geschehen, durch widerstrebende Interessen der Mitgliedsstaaten oder durch Aktionen im Kampf gegen den Terrorismus und die illegale Einwanderung konterkariert werden.

Ein transmediterranean Pakt für Arbeit, Ausbildung und Energie, wie etwa von Volker Perthes vorgeschlagen, benötigt das Entgegenkommen der südeuropäischen Mitgliedstaaten bei der Visavergabe und der Öffnung der Agrarmärkte.

Die Zivilgesellschaften befinden sich im Aufbau, sie dürfen nicht durch die vielen Projektideen hilfsbereiter Geldgeber überfordert werden. Deshalb wäre ein Marktplatz der Ideen sinnvoll, auf dem sich öffentliche und private Spender und NGOs austauschen und Projektinitiativen koordinieren können. In diese Richtung zielt das im Aufbau begriffene European Endowment for Democracy, das NGOs unterstützen soll, die den Demokratieaufbau in ihren Ländern vorantreiben.

Zum Schutze der Meinungsfreiheit ist es wichtig, dass, wie nun im Falle Syriens durch den EU-Rat beschlossen, keine

Software an Regime verkauft wird, die Blogger und Aktivisten ausspionieren und diffamieren wollen.

Da die arabische Welt ihr politisches Bewusstsein neu entdeckt, muss Europa mutig und voller Klarheit sprechen. Wichtig sind deutliche Worte gegen die Demokratieblockade des ägyptischen Militärrates und der Salafisten (und ihrer Unterstützer im Ausland). Eine offizielle Anerkennung des Syrischen Nationalrates ist wegweisend. Mit Blick auf die vielen Wahlen in Arabien in 2012 sollte die EU auf internationaler Wahlbeobachtung beharren. Die tunesische Übergangsregierung hatte ausländische Beobachter, darunter auch europäische Parlamentarier und NGOs, zu der Wahl eingeladen und gute Erfahrungen gemacht.

## VI

### Die kommenden Monate

Ein Blick auf die anstehenden Ereignisse 2012 zeigt, dass sich die EU jenseits der Unterstützung der Transformationsprozesse in der Arabischen Welt auch mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt und dem iranischen Atomprogramm auseinandersetzen muss. Denn diese drei transmediterranen Herausforderungen beeinflussen sich auch gegenseitig.

Umso wichtiger ist daher eine Kooperation und Arbeitsteilung mit neuen Akteuren aus der Region selbst: Der Türkei, der Arabischen Liga und Qatar.

Der weitere Verlauf der Aufbrüche und Umbrüche in Arabien ist schwer kalkulierbar. Er wird aus europäischer Sicht erfreuliche und nicht erfreuliche Entwicklungen bringen. So möge Europa das „Arabische Erwachen“ als Chance begreifen und Brücken übers Mittelmeer bauen.

## Weiterführende Literaturhinweise

Volker Perthes: Der Aufstand - die arabische Revolution und ihre Folgen, Pantheon 2011

The Arab World in Transition: Prospects and Challenges for a Revitalized Relationship between Europe and North Africa, Bertelsmann Stiftung, Policy Paper in the light of the 13th Kronberg Talks, May 2011

Esra Bulut Aymat: Egyptian democracy and the Muslim Botherhood, EU ISS Report Nr.10, November 2011

Ratsschlussfolgerungen vom 1.12.2011

Qantara.de

The illusive rise of Islamists, The Middle East Channel, 8.12.2011

Zenith – Zeitschrift für den Orient

The Importance of Education in the Arab World, Carnegie Endowment, 1.12.2011

Bertelsmann-Transformation-Index

## V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung  
Carl Bertelsmann Straße 256  
D-33311 Gütersloh  
<http://www.bertelsmann-stiftung.de>

Dr. Dominik Hierlemann  
[dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de](mailto:dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de)  
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme  
[joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de](mailto:joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de)  
Telefon +49 5241 81 81421

ISSN 1865-7451

## Zuletzt erschienen:

**spotlight europe # 2011/04**  
European Economic Governance:  
Wo bleibt die soziale Dimension  
*Thomas Fischer, Sarah Hoffmann*

**spotlight europe # 2011/03**  
Arabien zwischen Revolution und Repression  
*Christian-Peter Hanelt, Michael Bauer*

Alle Ausgaben des "spotlight europe"  
stehen im Internet als Download bereit:  
[www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight](http://www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight)